



HESSISCHER LANDTAG

23. 02. 2016

Plenum

Antrag der Fraktion der FDP

betreffend Kürzungen in der Oberstufe und Grundschule zurücknehmen - garantierte Unterrichtsversorgung wieder sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass mit der zum Schuljahr 2013/14 eingeführten Unterrichtsversorgung von durchschnittlich 105 % für alle Schulen der Unterrichtsausfall deutlich begrenzt werden konnte und den Schulen darüber hinaus zusätzliche Ressourcen für die Umsetzung ihres eigenen Schulkonzepts zur Verfügung gestellt wurden.
2. Der Landtag stimmt der Einschätzung der Petenten in den Petitionen Nr. 02061/19 und Nr. 02236/19 zu, dass die bereits durchgeführten und die weiteren, von der Landesregierung für die nächsten beiden Schuljahre angekündigten Reduzierungen der Stellenzuweisung diese schulpolitische Errungenschaft gefährden.
3. Der Landtag sieht die Gefahr, dass die Reduzierung der Stellenzuweisungen für die gymnasialen Oberstufen zu einer Einschränkung der Vielfalt des Kursangebots nicht zuletzt im MINT-Bereich und den Fremdsprachen führt und die Kursgrößen in pädagogisch schädlicher Weise anwachsen.
4. Die massiven Bedenken an den Kürzungen bei der Lehrerzuweisung, die von den Vertretern der hessischen Gymnasien auch in den vom Kultusminister geführten Fachgesprächen geäußert wurden, zwingen zu einer sofortigen schulpolitischen Kurskorrektur. Das unbeirrte Festhalten der Landesregierung an ihren Kürzungsplänen auch nach den geführten Gesprächen ist für die hessischen Eltern, Schüler und Lehrer ein glatter Schlag ins Gesicht. Die Begründung, es bedürfe einer Schwerpunktsetzung, ist entlarvend. In der Praxis bedeutet diese Argumentation schlicht, dass unterschiedliche Schulformen gegeneinander ausgespielt werden. Dies lehnt der Landtag ab.
5. Die von der Landesregierung geplanten weiteren Kürzungen in der Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufen in Höhe von 155 Stellen lehnt der Landtag entschieden ab. Der Landtag fordert deshalb die Landesregierung auf, die Stellenkürzungen unverzüglich zurückzunehmen. Sowohl die gestrichenen 140 Stellen beim Zuschlag zum Grundunterricht in den Grundschulen wie auch die mit Schuljahresbeginn im Sommer 2015 in den gymnasialen Oberstufen, Abendgymnasien und beruflichen Gymnasien gestrichenen 160 Lehrerstellen sind unverzüglich wieder zuzuweisen.

Wiesbaden, 25. Februar 2016

Der Fraktionsvorsitzende:
Rentsch